

Wachsende Bewegung für Umweltgerechtigkeit

Arme und marginalisierte Gemeinschaften sind oftmals überproportional betroffen von Umweltproblemen und verfügen nicht über einen gerechten oder gleichen Zugang zu den Vorzügen einer intakten Umwelt wie saubere Luft, Land und Wasser. Diese Ungleichheiten spiegeln eine Krise der sozialen Gerechtigkeit und Demokratie wider indem die Belastung durch Umweltverschmutzung auf diese Gemeinschaften abgewälzt wird in Folge von Diskriminierung und Vorurteilen. Die betroffenen Gemeinschaften sind herausgefordert, sich einen Zugang und Einfluss auf behördliche und institutionelle Entscheidungsfindungsprozesse selber zu erkämpfen. Vor rund 20 Jahren benannten Aktivisten in den USA dieses Problem als Verletzung von Umweltgerechtigkeit (Environmental Justice) und definierten diese Praktiken als Umweltrassismus und Umweltungerechtigkeit. Die Umweltgerechtigkeitsbewegung war geboren.



Die Umweltgerechtigkeitsbewegung bekam kürzlich neuen Zulauf in Zentral- und Osteuropa durch die Gründung der Coalition for Environmental Justice (CEJ), die einen mehr regional fokussiertes Verständnis von Umweltgerechtigkeit entwickelte. Während Menschenrechts- und Umweltaktivisten bereits seit Jahren zu diesen Fragen gearbeitet hatten, wird der Überbegriff Umweltgerechtigkeit hierfür erst seit kurzem verwendet. Dieser neue Rahmen war jedoch nicht nur ein neues Wort. Es erschuf einen konkreteren Kontext für eine engere Zusammenarbeit von Menschenrechts- und Umweltorganisationen. Die Ergebnisse sind vielversprechend, da Maßnahmen zur Reduzierung der ungleichen Belastung mit toxischen Umweltschadstoffen von armen und marginalisierten Gemeinschaften in Tschechien, Bulgarien und im Kosovo in Gang gekommen sind.

Roma Gemeinschaften in Zentral- und Osteuropa sind oftmals am schwersten betroffen. Nach einer Untersuchung des UN Entwicklungsprogramms (UNDP) haben Angehörige der Roma in Ländern wie Tschechien oder Rumänien in weit geringerem Maße Zugang zu fließendem Wasser und Sanitäranlagen als im Landesdurchschnitt. Eine andere Studie von Richard Filcak of the Center for Environmental Policy and Law in Budapest zeigte, dass die Roma im Osten der Slowakei oftmals im Bereich der Überflutungszonen leben und mehr unter den häufigen Überschwemmungen zu leiden haben als andere Landbewohner. Als eines der schwerwiegendsten Beispiele muss das Camp für Internally displaced Persons (IDP) in Nord Mitrovica in der Bergwerkszone von Trepca im Kosovo gelten. Testergebnisse der WHO und anderer ergaben gesundheitsschädliche Bleibelastungen im Haar und Blut der getesteten Personen, meistens Kinder. Während die United Nations Mission in Kosovo (UNMIK) ihr eigenes Personal verlegte, sitzen die Roma seit nunmehr über sechs Jahren dort fest - mit ersten gesundheitlichen Konsequenzen.

Andere Bevölkerungsgruppen, wie die finanziell schlechter Gestellten insgesamt, haben fehlenden Zugang zu fundamentalen Umweltgütern wie Wasser oder sind mit höheren Risiken gegenüber der Exposition mit Umweltschadstoffen konfrontiert. Schwangere Frauen und Kinder aller Ethnien und sozialer Gruppen benötigen unsere Aufmerksamkeit, wenn es zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen aufgrund des Fehlens von sauberem Wasser oder der Exposition mit Schadstoffen wie Blei oder Quecksilber kommt. In den Fällen in denen die Bedingungen ihren Ursprung in Diskriminierung, Rassismus oder Vorurteilen haben, benötigen wir Umweltgerechtigkeit.

Armen und marginalisierten Gruppen den Auswirkungen von toxischem Müll zu überlassen und ihnen gleichzeitig den fairen Zugang zu den Errungenschaften einer intakten Umwelt zu verwehren, ist ein Skandal. Was also ist zu tun?

Die Coalition for Environmental Justice in Central and Eastern Europe fordert, dass es die Aufgabe von Politik, Gesetzgebung, Programme und/oder Strategien für Umweltgerechtigkeit sein muss, Umweltdiskriminierung jeglicher Art basierend auf der Zugehörigkeit zu einer Ethnie oder einer anderen Minderheit, niedrigem Einkommen oder einer anderen Benachteiligung zu verhüten und zu bekämpfen durch geeignete Maßnahmen wie

- Verhütung einer ungleichen Verteilung von umweltbedingten Risiken und Gefährdungen;
- Sicherstellung einer gerechten Verteilung von Umweltinvestitionen sowie den Vorteilen einer intakten Umwelt und den natürlichen Ressourcen;
- Sicherstellung und Förderung des Zugangs zu Information, Beteiligung an Entscheidungen und legalen Maßnahmen in Umweltangelegenheiten;
- Erhöhung der Aufmerksamkeit für Umweltgerechtigkeit;
- Förderung einer gleichen Stärkung ohne Diskriminierung aller Gesetze und Regelungen mit Bezug auf Umwelt und Gesundheit;
- Sammlung von Daten und Aufstellung eines Forschungsprogramms zum Thema Gesundheit und Umwelt von Ethnien, Minderheiten, Personengruppen mit niedrigem Einkommen sowie weiteren benachteiligten Populationen, ebenso wie zum Einfluss von Gesetzen und Politik auf solche Gruppen; und
- Sicherstellung grundlegender Umweltdienste (Trinkwasser, Abwasser, Müll) für alle menschlichen Siedlungen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Tamara Steger'.

Tamara Steger, Ph.D.

Central European University, Center for Environmental Policy and Law
(www.cepl.ceu.hu) Budapest, Hungary